

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 3.00 Mark, vierteljährlich  
8.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark  
einzel. Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Ab-  
nehmern sofort angenommen. Im  
allg. Lehrgangszustand unter  
Einschaltung eingetragener. Sie  
einmalig eingegangene Mon-  
atshefte wird keine Gewähr über-  
nommen. Hochdruck nur mit der  
Einschaltung. Einzelhefte 1.00  
Mark. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 741, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

**Morgen-Ausgabe.**

# Zeitung

**Überausflüchtigster Jahrgang.**

**Anzeigenpreise:**  
Die 60spaltige 34 mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Pf. und Reflektoren die 92 mm  
breite Millimeterzeile 90 Pf. An-  
zeigen nehmen an unsere Ge-  
schäftsstellen u. für alle Anzeigen-  
bedingungen. Erfüllungsort: Halle.  
Erscheinung täglich 2 mal, Son-  
tags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Frau Promme-  
nade 13, Gr. Brunnhausstr. 17.  
Leben-Geschäftsstelle: Große  
Weichstr. 52 und Markt 23.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4606

Nr. 25.

Halle, Freitag, den 16. Januar 1920.

Einzelpreis 10 Pf.

## Massendemonstration in der Hasenheide

Die Leute in Matrosenuniform wieder an der Arbeit. — Kleiner Zusammenstoß.

WTB. Berlin, 15. Januar. (Drahtnachricht.) Ogleich die Regierung die für heute nachmittags um 2 Uhr in der Hasenheide in der Hasenheide von den Kommunisten einberufene Trauerfeier für die Revolutionserbe verboten hatte, forschten doch wieder Tausende zur Teilnahme an der Feier auf. Die Sicherheitspolizei hatte deshalb die notwendigen Maßnahmen getroffen. Um 2 Uhr nachmittags war die Zahl der Demonstranten auf etwa 10 000 angewachsen. Zu einem Zusammenstoß ist es nur in der Form nicht gekommen. Wieder machten sich besonders Leute in Matrosenuniform bemerkbar. Um 3 Uhr nachmittags hatte sich die Menge zerstreut.

## Demonstration in Frankfurt a. M.

Schredschütz, Beschimpfungen der Sicherheitswehr.

Frankfurt a. M., 15. Januar. (Drahtnachricht.) Anlässlich der Berliner Vorgänge sind von Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands für heute nachmittags einberufene Demonstrationen in der Hasenheide durch Reichswehrtruppen und Sicherheitsmannschaften abgelehrt. Gegen 4 Uhr sammelten sich große Menschenmengen, welche die Sicherheitsmannschaften beschimpften und in das Schützenrevier einbrachen. Eine Demonstration wurde auf Grund des Ausnahmestandes verboten und der Bahnhof durch Reichswehrtruppen und Sicherheitsmannschaften abgelehrt. Gegen 4 Uhr sammelten sich große Menschenmengen, welche die Sicherheitsmannschaften beschimpften und in das Schützenrevier einbrachen. Eine Demonstration wurde auf Grund des Ausnahmestandes verboten und der Bahnhof durch Reichswehrtruppen und Sicherheitsmannschaften abgelehrt. Gegen 4 Uhr sammelten sich große Menschenmengen, welche die Sicherheitsmannschaften beschimpften und in das Schützenrevier einbrachen. Eine Demonstration wurde auf Grund des Ausnahmestandes verboten und der Bahnhof durch Reichswehrtruppen und Sicherheitsmannschaften abgelehrt.

## Demonstrationsluft in Dresden.

WTB. Dresden, 15. Januar. Nach vorliegenden Nachrichten sind in den nächsten Tagen größere Demonstrationen beabsichtigt. Die zuständigen Behörden weisen nochmals darauf hin, dass solche Demonstrationen nach den Bestimmungen des Belagerungszustandes nicht zulässig sind und unter keinen Umständen geduldet werden. Die zur Durchführung des Verbotes notwendigen Maßnahmen sind getroffen worden.

## Teilstreiks in Berlin.

Die Herrschaft des Terrors.  
WTB. Berlin, 15. Jan. Die Kommunisten sind ein Teil der unter Einfluss der radikalen Elemente in der unabhängigen Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften haben nach in den Außenbezirken der Stadt und den Vororten Plakate angebracht, durch die sie, wie die „R.“ meldet, zu einem vierundzwanzigstündigen Streik für gegen die Soldateska auffordern. Die „Rote Fahne“ hat ein Plakat in verschiedene Betriebe gebracht, durch das ebenfalls zum Streik und zur Wahl revolutionärer Betriebsräte aufgerufen wird. Straßenbahn, Hochbahn, Elektrizitätswerk und Gasanstalt arbeiten. Nur die städtische Straßenbahn streikt, doch beschränken sich ihre Linien nur auf einige Außenbezirke der Stadt. In der Großstadt streikt die Beteiligung an dem Streik für möglich. Siemens und Post arbeiten; dagegen sind die Schwarzpulverwerke stillgelegt. Dort und wo sonst Streiks feststehen, sind sie ebenfalls nur durch den Terror radikaler Minderheiten aufzuheben gelungen.

WTB. Berlin, 15. Januar. Über die heutige Lage in Berlin schreibt die „Neue Berliner Zeitung“ unter anderem: Von der Sicherheitspolizei sind für heute keine weiteren Beschränkungen getroffen, als die gestern schon vorgesehene waren. Der Streik und der Streikdienst liegen für die Beobachtung. Demonstrationen werden keinesfalls geduldet. Von der mehrheitlich sozialistischen Partei ist heute die Lösung ausgegangen, sich auf keinen Fall an irgendwelchen Demonstrationen zu beteiligen. Die Hauptverhältnisse der Straßenbahn stellen sich morgen früh im Betrieb ein, um sich an den Geschäftsstellen für Rechtschutz und Rosa Luxemburg zu beteiligen. Wegen der Streikdienstleistungen sind sämtliche Arbeiter der Anzeigendruckerei heute morgen aus den Betrieben. Auch in den Betrieben von Schwarzpulver streikt seit heute früh völlige Arbeitsruhe.

## Abflauen der Eisenbahnerbewegung.

WTB. Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Eisenbahnerbewegung scheint überall ihrem Ende entgegenzugehen. So wird in Katowitz der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen. Auch im ganzen Eisenbahndirektionsbezirk Wladiburg wird wieder gearbeitet. Ganz Süd- und Ostpreußen sind ebenfalls wieder in Betrieb und sind wieder geöffnet.

## Eisenbahnerausstand in Oesterde.

WTB. Oesterde, 15. Januar. Wie die „Oesterde Post“ meldet, hat heute die Eisenbahnerstreik in Oesterde in den Ausland getreten. Der Belgien- und Württemberg wird aufrecht, erhalten.

## Aufbau der Kriegsbefähigten an die Eisenbahnen.

WTB. Berlin, 15. Januar. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, der Eisenbahner und Hinterbliebenen erließ einen Aufruf an die Eisenbahner, indem es heißt:

Die Feinde öffnen unseren Brüdern den Weg in die Heimat; die eigenen Volksgenossen aber versperren ihn wieder, indem sie sich weigern, die Güte zu fahren, die sie in die Heimat führen sollen. Ihr laßt unbeschädigten und unangefochtenen Volksgenossen auf Euer Haupt, wenn Ihr jetzt durch Eisenbahnerstreik verhindert, daß unsere Brüder zurückkehren können. Ihr erweist Euch die Sympathie und Dankbarkeit des ganzen Volkes, wenn Ihr jetzt noch arbeitet, damit die Heimkehrer bald bei uns sind. Eisenbahner! Bekommt Euch! Geht, das Ihr hoch und menschlich auch in dieser Zeit zu handeln versteht. Laßt unsere Kriegsgesangenen nach Hause kommen!

## Ende des Telegraphenarbeiterstreiks.

WTB. Düsseldorf, 15. Januar. Die streikenden Telegraphenarbeiter haben in der Nacht der vollstän- und wirtschaftlichen Lage beschließen, den Streik abbrechen. Der Streikführer erklärte, daß er für die Erfüllung der Forderungen der Telegraphenarbeiter bei der Wiedereinstellung einträte. Die von einzelnen Zeitungen gemeldeten Sabotageakte im Industriegebiet sind am 10. verübt worden. Sie umfassen 11 verschiedene Fälle, wo ebers- und unterirdische Telegraphen- und Fernsprechanlagen durchschritten und auch Vorkabel-Stationen zerstört worden sind. Es handelt sich nicht um ein regelrechtes, von Telegraphenarbeitern verübtes Verbrechen. Bisher hat drei Telegraphenarbeiter überführt. Der Hauptdarsteller ist dem zuständigen Kriegsgericht übergeben. Mehrere Sabotageakte sind außerdem in den Bezirken Dortmund und Düsseldorf festgestellt worden. Die gestörten Leitungen und Anlagen sind zum Teil bereits wieder in Betrieb oder werden in kurzer Zeit wiederhergestellt sein.

WTB. Berlin, 15. Januar. Im inländischen und ausländischen Telegraphenbereich ist infolge der Streik, noch nicht beherrschbar. Die Fernleitungen sind noch teilweise unterbrochen. Der Verkehr mit England und Holland wurde wieder aufgenommen. Im Fernsprechnetz Berlin sind noch einige 70 Fernleitungen gestört.

Berlin, 15. Januar (Eigene Drahtnachricht.) Der Telegraphen- und Fernsprechnetz nach Süddeutschland ist heute wieder aufgenommen worden.

## Eintägiger Generalstreik in Königsberg.

WTB. Königsberg, 15. Januar. Infolge des von den Unabhängigen propagierten eintägigen Generalstreiks haben die Straßenbahnen den Betrieb eingestellt. Die Versorgung mit elektrischem Licht und Kraftstrom ist seit 9 Uhr vorübergehend unterbrochen.

## Hochwassermeldungen.

WTB. Dresden, 15. Jan. Das Hochwasser der Elbe ist heute früh bis auf 4 Meter über Null gestiegen. Zugleich ist das Zerfallener überflutet und das Wasser ist in zahlreichen tiefer gelegenen Keller der anliegenden Straßen eingedrungen. Nach Nachrichten aus Wehlen ist weiteres wenn auch langsames Steigen des Elbwasserstandes zu erwarten. Erst morgen früh ist ein Regelfluss von 4.50 Meter angeht.

WTB. Freiburg i. Br., 15. Jan. Das Hochwasser der Schwarzwaldflüsse fällt. Es ist Frostwetter eingetreten. Der Sturm und die Heberhebung haben empfindlichen Schaden, besonders an den Waldbeständen, angerichtet.

WTB. Pils, 15. Januar. Ein orkanartiger Sturm hat in der Stadt und Umgebung schwere Schäden angerichtet. Eine Person ist im Einsturz einer Hütte umgekommen. Der Pfarrerstand des Donaustroms steht drei Meter über normal.

WTB. Amsterd., 15. Jan. Infolge des Hochwassers der Waas hat das Rheinschiff die Dose in Limburg und in der Gegend von Zevenaar erst. Zahlreiche Dörfer sind überflutet.

WTB. Düsseldorf, 15. Januar. Das Hochwasser des Rheins steigt heutzutage weiter. Der Pegel stieg mittags 8.44 Meter, ein Stand, der seit 1882 nicht erreicht worden ist. Der letzten Hochwasser ereignis überflutet von 8.06 um 38 Zentimeter über dem Pegel. Die Ufermauern taugen nur noch einen halben Meter über den Wasserstand. Bei weiterem Steigen ist das Uferland der Arbeit zu bedürfen. Der Rhein treibt eine Unmenge Schwebholz mit, das ansetzend am dem Neumeyer Beden abgelassen ist.

## Übungen im Fernsprechnetz.

WTB. Berlin, 15. Januar. Der Fernsprechnetz nach den Osten in Süd- und Westdeutschland ist noch stark behindert. Die Beseitigung der Störungen ist im Gange.

## Hilfsaktion der preussischen Regierung.

WTB. Berlin, 15. Januar. Die preussische Staatsregierung hatte bereits eine größere Summe zur Verteilung an die durch das Hochwasser Geschädigten überwiesen. Die eingegangenen Nachrichten haben gezeigt, daß der Umfang der Schäden noch gar nicht zu übersehen, jedenfalls aber so groß ist, daß sie in Abhängigkeit von weitergehender Hilfsaktion unbedingt sofort einleiten muß. Das Staatsministerium hat deshalb beschlossen, an die Landesverwaltungsstellen sofort nach ihrem Bekanntwerden mit dem Auftrag heranzutreten, die Staatsregierung zu ersuchen, den Lebensnotwendigsten im weitesten Maße Hilfe zu gewähren, und die hierfür erforderlichen Gelder vorläufig aus besetzten Mitteln zur Verfügung zu stellen.

## Die Schuld der Unabhängigen.

Von unserer Berliner Redaktion.  
Am 13. (dreizehnten) Januar haben Arbeitermassen, von den Führern der unabhängigen Sozialisten in Ergänzung getrieben, ein sinnloses Mäntelchen gemacht; an diezeitigen hat der Reichstanzler mit diesen Führern abzurechnen begonnen. Die Worte, die er ihnen sagen mußte, waren hart; aber sie waren nicht nur frei von Heberhebung, sondern noch der Ergänzung bedürftig. Sie galten, wie der Tag es mit sich brachte, zunächst den Verantwortlichen eines Putsches. Sie galten noch nicht den Politikern.

Die Schuld der Unabhängigen an dem Einzelereignis ist so ungewiss, daß sogar die Nachbarn zur Unken sie feststellen; sie wird nur größer dadurch, daß die Verantwortlichen selbst von ihrem eigenen Standpunkt gedanklos handeln. Es gehört nachdrücklich zur Heberhebung dieser richtungslosen Führer, sich mit ihren Widerprüchen sogar vor den wirklichen Trägern des radikalen Willens lächerlich zu machen. Die Unabhängigen hatten in Blättern, Reden und Flugschriften alles getan, um die Massen gegen das Betriebsrätegesetz, wie gegen einen ungeheuerlichen Angriff auf Freiheit und Leben des Proletariats aufzureizen; aber ihre Abgeordneten saßen im Reichstagsaal, um an der Festung dieses Gesetzes teilzunehmen. Nachdem sie alle Voraussetzungen für einen Tumult bis zur Unausführlichkeit des Zusammenstoßes geschaffen hatten, riefen die Beror, Feinde, Dummheit und Schmach über die — Bewachung des Reichstagsgebäudes. Haben sie kritisch gelehrt, für die Ruhe der Beinhaltenden drängen, für das Wohlverhalten mitunter bewaffneter junger Burgen sorgen zu können? Wäre, trotz der Reichstanzler, der Sturm auf das Haus gestillt; man hätte eine Partholomäusnacht erlebt. Wer darf behaupten, eine solche Katastrophe, in der Tausende der geistlichen Raumes, bei pauschal gewordener Stimmung, ist unentbehrlich gewesen? Wenn die Unabhängigen dergleichen nicht wollten — und sie haben es gewiß nicht gewollt —, so handelten sie als verantwortliche Führer, als Parlamentarier und als — Revolutionäre gleich sinnlos. Das sie, um des Willens einer Rundgebung willen, alle Voraussetzungen für die Möglichkeit eines unbeschweren, so ihm selbst am wenigsten beschreibbaren Unfalls schufen, beweist, neben allem anderen, ihre wackelnde politische Unfähigkeit.

Die ist ihnen denn auch von zwei Seiten zugleich beschuldigt worden. Anbetracht von Reichstanzler, der ihnen vorhielt, daß sie den Antiparlamentarismus grundtätig verworren und praktisch befehligen haben; deutlicher noch von den Kommunisten, deren Organ, die „Rote Fahne“, folgend aus dem Ereignis des 13. Januar die Notwendigkeit, die „Tat“. Darunter versteht sie nicht einen Putsch und nicht die Störung von Parlamentssitzungen, sondern die Umwälzung von Grund aus; die Verfestigung der Reichsregierung, die im Verein mit den russischen Bolschewiken, den Hungernden und Arbeitslosen Brot und Arbeit geben soll. Den Hunger und die Arbeitslosigkeit durch die „Proletariatsdiktatur“, die erzwungene Servitutenarbeit beider, beizubehalten zu wollen, ist freilich abgelehnt. Gibt man aber einmal die Voraussetzungen gelten, so unterscheiden sich die Kommunisten von den Unabhängigen durch ihre Zielarbeit. Sie meinen, mit Recht, die ganze Schuld an dem Reichstagssturm und an dem unvermeidlichen Mitleiden der Unabhängigen bei. Sie selbst haben von Rundgebungen, Streikentwürfen und jeder Reichsaktion mit dem parlamentarischen Proletariat nichts mehr. Sie stellen die bunte Mäntelchen. Und fällt es jetzt der Aufforderung der „Rote Fahne“, zu dem revolutionären Kampf „nicht unbeding“ verlaufen könne.

Sie weiß man wenigstens, daß man und wofür man kämpft. Die Unabhängigen wissen es nicht. Wer den Bürgerkrieg mit all seinen Verwirrungen, auch den Radikalen nicht mehr unbekannten Kosten anführt, der muß wenigstens ein Ziel haben, das die Opfer vertut. Auch die Unabhängigen können nicht meinen, daß die Verfestigung des Betriebsrätegesetzes ein solches Ziel ist. Dennoch haben sie die Mittel des Radikalismus angewendet, ohne den Zweck zu wollen; haben Propaganda der Tat getrieben, ohne den Mut zur Tat; haben den Ertrag der deutschen Arbeit auf das schwerste gefährdet, ohne den Willen, diese Arbeit, trotz es was es koste, auf völlig neue Grundlagen zu stellen. Aber, wie sie auch wünsch revolutionären Behörden und durch für den folgen sich wenden: es gibt für sie nur zwei Wege. Entweder sie zerstören die deutsche Volkswirtschaft aufbewahrt und gründlich, um sie nach den Grundrissen der Proletariatsdiktatur wieder aufzubauen; dann müssen sie sich die ziellosen Führer bei den Kommunisten suchen. Oder sie machen, endlich, Ernst mit der Erkennt-

...daß Arbeitskraft heute wichtiger ist als die Zurechtweisung politischer Rechte. Dann muß der Januar-Puffsch das letzte Verbrechen politischer Unfähigkeit sein.

### Deutsche Nationalversammlung.

13. Jan. 1919. 137. Sitzung. 10 Uhr voratting.

#### zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes

Der die Errichtung von Betriebsräten für solche Betriebe, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, vorschlag, wird angenommen, nach Ablehnung eines Antrages Deing (D. P.), der die Überweisung der ganzen Vorlage an den künftigen Reichsversammlung fordert.

Nach § 2 ist in Betrieben, die in der Regel 20, aber mindestens 5 wahlberechtigte Arbeiter beschäftigen, von denen mindestens 3 wählbar sind, ein Betriebsrat zu wählen.

Angeliehet wird u. a. ein Antrag der Deutschen Arbeiterpartei auf Erhebung eines besonderen Paragraphen, der für die Wahl des Mannes wenigstens in Betrieben des Handwerks und des Zeitungsgewerbes die Zahl der erforderlichen Arbeitnehmer von fünf auf zehn heraufsetzen will. Die Ablehnung dieses Antrages erfolgt in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 66 Stimmen.

In § 4 wird für Land- und Forstwirtschaft die Wahl eines Betriebsmannes von dem Vordahndensein von mindestens zehn künftigen Arbeitern abhängig gemacht. Bei 161 gegen 114 Stimmen wird ein Änderungsantrag der Deutschen Arbeiterpartei und der unabhängigen Sozialisten mit 84 angenommen. Gegen § 6, der die Einwirkung von Arbeitnehmervertretungen der See- und Binnenflößerei einen besonderen Geleg vorbestimmt, wird § 6 mit 117 gegen 114 Stimmen angenommen.

#### Arbeiter- und Angestelltenräte

einzuwirken zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Abg. Deing (D. P.): Wir beantragen die Erhebung des omdienenden Paragraphen. Er unterwirft in reaktionärer Weise die Einseitigkeit der Aufgabe der Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Salkde: Der Regierungsentwurf stellt die Rechte in den Vordergrund. Die Beratung des Entwurfs trifft also nicht zu. Der Antrag der unabhängigen Sozialisten wird abgelehnt.

Gegen 2 Uhr tritt eine Mittagspause ein. Um 4 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt. Zu § 8 beantragt die Deutsche Arbeiterpartei folgenden Zusatz:

„Für Verträge, die den Betriebsräten mehr Rechte einräumen als dieses Gesetz, bedürfen der Zustimmung der unabhängigen Arbeitgemeinschaft.“

Abg. Deing (D. P.): Bei dem Charakter der Arbeitgemeinschaften müssen wir den Antrag der Deutschen Arbeiterpartei ablehnen. Die Betriebsräte haben noch ganz besondere Aufgaben, die weit über die der Gewerkschaften hinausgehen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht über den Betriebsräten stehen.

Nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Arbeiterpartei wird § 8 unverändert angenommen.

Ein zu diesem Paragraphen von den unabhängigen Sozialisten Antrag auf Schaffung von Soldatenräten wird abgelehnt.

Paragraph 9 wird in der Ausschussfassung angenommen.

Nach Paragraph 10 sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes Arbeiter und zwar mit Ausnahme der Familienangehörigen des Arbeitgebers. Die Unabhängigen wollen auch die Hausgewerbetreibenden als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes betrachtet wissen.

Paragraph 10 wird unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen im wesentlichen unanändert in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso die Paragraphen 11 und 12.

Nach Paragraph 13 kann durch Verordnung der Reichsregierung für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reiches, sowie für die öffentlichen rechtlichen Körperschaften, die der Reichsaufsicht unterliegen, bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter und Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind.

Ein Antrag der Unabhängigen will diese Bestimmung für alle Beamten obligatorisch machen.

Der Antrag der Unabhängigen, sowie Anträge der deutschen Arbeiterpartei werden abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Arbeiterpartei, auch die Beamtinnen in diesen Paragraphen einzuschließen, wird angenommen, und damit Paragraph 14.

Paragraph 14 ist unverändert. Paragraph 15 umfaßt die Zusammenfassung des Betriebsrats und die Bemessung der zahlenmäßigen Stärke der Betriebsräte nach der Stärke der Betriebsstätte.

Nach kurzer Begründung der Anträge des Abgeordneten Bielefeld (D. P.) und Seifert (D. P.) wird Paragraph 15 unter Ablehnung der Anträge angenommen.

Einseitig wird auf Antrag der Arbeiterpartei die Bestimmung, daß beim Antrahen der Betriebsstätte die entsprechende Zahl von Ergänzungsmitteln eintritt.

Die Paragraphen 16 und 17 werden nach kurzer Aussprache unanändert in der Ausschussfassung angenommen.

Nach Paragraph 18 werden die Mitglieder des Betriebsrats auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Die Rechtsparteien wollen die Wählbarkeit auf zwei Jahre schieben.

Die Unabhängigen verlangen, daß die Abberufung von Beamten, die das Vertrauen der Mitarbeiter verloren haben, jederzeit durch einfache Mehrheit der Betriebsversammlung erzwungen werden kann.

Die Änderungsanträge werden abgelehnt und Paragraph 18 in der Ausschussfassung angenommen.

Nach Paragraph 20 sind die wahlberechtigten alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wahlberechtigt sind die mindestens 20 Jahre alten Reichsbürgerlichen, die wahlberechtigt sind, mindestens sechs Monate dem Betriebe, sowie

mindestens drei Jahre dem Gewerbezeige, in dem sie tätig sind, angehören.

Abg. Kuznet (U. P.) begründet einen Antrag, der das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzt und das Erfordernis des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte streichen will.

Dielelenten, die aus Not das Strafrecht bezogen haben, sind die Eheverhältnisse ausgeschlossen, während die Eheverhältnisse, wie Mariage und Kasse, sich nach wie vor der Ehrenrechte erfreuen. (Ordnungsruhe.)

Abg. Seifert (D. P.) befürwortet einen Antrag, das Wahlalter auf 20 Jahre heranzusetzen, und beantragt hierüber namentliche Abstimmung.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Deutschen Arbeiterpartei wird für verloren angeht.

Nach den §§ 20 und 21 sind die Situationen der Betriebsräte nicht öffentlich und finden ausschließlich außerhalb der Arbeitsstätte statt. Auf Antrag von einem Drittel der Betriebsratsmitglieder ist ein Bevollmächtigter der Betriebsrat vertretenen wirtschaftlich in Arbeitnehmervereinigungen zu den Sitzungen mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Abg. Oberländer (Deutscher): Der Betriebsrat sollte aufgebaut werden auf der Grundlage selbständiger Interessensvertretung von Angestellten und Arbeitern, nicht durch Bevollmächtigte, sondern durch Differenzierung sind Fortschritte zu erzielen.

Eine Reihe weiterer Paragraphen sind auf § 37 werden im wesentlichen nach dem Beschlusse des Ausschusses erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, vorher 54 keine Anträge). Schluß gegen 10 Uhr.

### Ein Antrag der Deutschen Volkspartei zur Geldstraßen Heilung.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Deutsche Volkspartei hat der Reichsversammlung einen Antrag eingebracht, zu beschließen, daß der Beschluß des Unterlängungsausschusses der Nationalversammlung vom 5. November 1918, durch welchen der 3. und 4. Staatslotteriedruck, D. S. 1918 in Anwendung des § 19 der Staatsprozedurordnung an der Reichsregierung übergeben wurde, wie der Beschluß des Unterlängungsausschusses vom 13. November 1918, lautet, er die genannte Reichsregierung ausgereicht, aufgehoben werden.

### Die Besetzung der kaiserlichen Abstammungsgebiete.

Moskau, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) An die Gewässer der im Dänemark anschließenden Abstammungsgebiete des Deutschen Reiches richtet die internationale Kommission namentlich einen Antrag, in dem sie anträgt, daß sie von bestimmten Tagen an die Besetzung der Gebiete übernimmt. Die Kommission wird die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen. Die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen.

### Aus dem Saargebiet.

Saarbrücken, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Saar-Bezirksrat haben die Ausforderung der französischen Gewerbetreibenden, vorübergehend 9 Stunden anstatt 8 Stunden täglich zu arbeiten, um die schmerzliche Notwendigkeit zu beseitigen, abgelehnt. Die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen.

### Die Entente gegen die österr. Umwälzungen.

Wien, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Bekanntlich haben gestern die Vertreter der französischen und der englischen Regierung in Paris an ihre Mitmenschen in Wien eine Mitteilung herausgegeben, in der sie die Entente gegen die österr. Umwälzungen erklären. Die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen.

### Die erste Sitzung des Völkerrundrates

Paris, 13. Januar. In der morgigen ersten Sitzung des Völkerrundrates werden die französischen Beamten, die die Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen.

### Geographische Aufforderung zur Ratifikation in Amerika

Washington, 13. Januar. Reuters. Im Namen der Republikaner haben die Demokraten empfindliche Lobge und Stiche die Aufforderung zur Ratifikation in Amerika.

### Kanadischer Weizen nach Europa.

Montreal, 13. Januar. Reuters. Die kanadische Regierung hat die Aufforderung zur Ratifikation in Amerika.

### Die abstrakte Frage gelöst

München, 13. Januar. Reuters. Die abstrakte Frage gelöst.

wird dem Völkerrund unterstellt. Das Hinterland kommt an Zugelassen. Stellen wird die Benutzung der Bahn garantiert. Die gesamte dalmatinische Küste mit Ausnahme von Zara und einer oder zwei Inseln fällt an Jugoslawen. Ueber das Edialat Albanens ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

### Ablehnung des Generalstreiks in Frankreich.

Paris, 13. Januar. Die Generalversammlung der Confédération Générale du Travail hat gestern mit 110 gegen 22 Stimmen einen Antrag der Extremisten auf Erklärung des Generalstreiks abgelehnt.

### Wechsel in der deutschen Gesandtschaft in Schweden

Berlin, 13. Januar. Die Deutsche Mission in Stockholm teilt mit: Die Meldung, daß der jetzige Gesandte Graf von Helldorf die deutsche Regierung, Reichsrat von 2. und 3. in den nächsten Tagen in ihren Posten verlassen und durch den Generaldirektor von Helldorf ersetzt wird, wird uns an zukünftiger Stelle bestätigt.

### Freiheit von Lerneer noch in Paris.

Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist Herr v. Lerneer zur Verückelung über die Pariser Verhandlungen nach Berlin zurückgekehrt. Freilich v. Lerneer befindet sich dagegen nach wie vor in Paris.

### Wie 40 unserer U-Boote vernichtet wurden.

Der „Daily Telegraph“ berichtet die Art und Weise, wie 40 von unseren U-Booten zugrunde gingen. Die größten Erfolge der gegen die U-Boote angewandten Mittel hatten die Wasserbomben, gefüllte mit Gift, deren Zerspringen in bestimmten Tiefen durch Zündhütchen bewirkt wurde. Die ersten 14 Boote vernichtet. Durch Giftbomben wurden sechs, durch Wasserbomben vier U-Boote zerstört, durch Mische und Wasserbomben ein U-Boot. Die Liste erwähnt. Ein Drittel der Besatzungen erlitten nur durch Zusammenarbeiten mehrerer englischer Zerstörer.

Bewiesenermaßen ist, daß ein U-Boot („U 18“) nur eine Seemeile von der Hoga-Elafahrt nach Capa Flom zugrunde ging. Es wurde von einem Giftbombe getroffen, und die Besatzung ergab sich, nachdem sie ihr Boot verlassen hatte.

Bei 20 von den 40 angeführten U-Booten wird keine Rettung von Überlebenden angegeben.

### Die englische Eisenbahnerbewegung.

London, 13. Januar. Im Hinblick der gestrigen Verhandlungen mit der Vertreter der Eisenbahner erklärte Transportsminister Austen Chamberlain, die Regierung sei zu Zugeständnissen bereit, immer aber in den Hauptpunkten nicht nachgeben. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

### Die Auslieferungsforderung.

Paris, 13. Januar. Eine Konferenz der Reichsregierung wird sich heute mit der Frage der gerichtlichen Verfolgung des früheren deutschen Kaisers und des Kronprinzen befassen. Sie wird Kenntnis nehmen von dem Entwurf der an Holland anstehenden Note, die die Auslieferung der beiden verlangt.

Paris, 13. Jan. Die Bitte mit dem Namen der deutschen Schiffsleute wird in der ganzen Welt verbreitet werden. Bei jedem Namen wird die Art der begangenen Verbrechen stehen.

### Noch kein Heimkehrerzug über die Grenze genommen.

Berlin, 13. Jan. Aus Frankfurt a. M. wird der „D. P.“ berichtet, daß obwohl bereits mehr als 48 Stunden seit dem Austausch der Ratifikationen verstrichen sind, noch kein Heimkehrerzug über die deutsch-französische Grenze genommen ist. Das sind letzten von französischer Seite die seit langem berechtigenden deutschen Verzögerung angefordert worden.

### Eine Vorlage über die Tuernunnsulure.

Berlin, 13. Jan. Der Reichsausschuss der Nationalversammlung hat die Vorlage über die Tuernunnsulure angenommen, die sich für die Erhaltung des föderativen Systems ausspricht und ausdrücklich erklärt, im deutschen Zentrum verbleiben und dem Reichsparteitag beizutreten zu wollen.

### Orchesterleite kommunalistiche Demütigungen.

Essen (Mittl.), 13. Jan. Der Reichstag der Kommunisten, zur Durchführung ihrer politischen Forderungen und der Einführung der sechs Stunden Arbeit, ist vorläufig abgelehnt worden, nachdem er in der Besetzung der Gebiete übernehmen und die Besetzung der Gebiete übernehmen.

### Eine Entschließung der Pölzer Zentrumspartei.

Wien, 13. Jan. Die Pölzer Zentrumspartei hat die Entschließung angenommen, die sich für die Erhaltung des föderativen Systems ausspricht und ausdrücklich erklärt, im deutschen Zentrum verbleiben und dem Reichsparteitag beizutreten zu wollen.

### Die Verhandlungen mit den Südländern.

Paris, 13. Jan. Die seit einer Woche zwischen Clemenceau, Lloyd George und Mitti einwirkende und der schließlich unter Vermittlung von Poincaré und Trumbull anwesend geführten Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Die Verhandlungsergebnisse unterbreiten den kaiserlichen Reichsausschuss, der von Italien gebilligt wird. Clemenceau beschränkt in einer Ansprache Poincaré und Trumbull im

Provinzial-Verichte.

Die Provinz, 15. Januar. (Die Deutscher Cassa hat) ...
Sonderfahrt, 15. Januar. (Für 35000 Mark Seiden- ...
Torgau, 15. Januar. (Einrichtungen) Die Schmutz- ...
Magdeburg, 15. Januar. (Rein Strel der Bau- ...
Eisenach, 15. Januar. (Zur Einheitschule) ...
Leipzig, 15. Jan. (Der Schlangenweber über ...)

Interesse des Friedens, das Nebereinkommen anzunehmen ...
Die katastrophalen Zustände in Wien.

Wien, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des ...
Die Lage in Oberschlesien.

Deutsches Reich.

Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Januar. Einzelne Bahnzüge im West- ...
Der neue Vertrag von Aden.

Heimkehr aus Indien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Nur eine Einleitung...

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...
Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Wien, 15. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des ...
Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.
Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...

Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...
Die Schweizerfamilie, die deutsche Kinder auf ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Interesse des Friedens, das Nebereinkommen anzunehmen ...
Die katastrophalen Zustände in Wien.

Deutsches Reich.

Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Januar. Einzelne Bahnzüge im West- ...
Der neue Vertrag von Aden.

Heimkehr aus Indien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Nur eine Einleitung...

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...
Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Wien, 15. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des ...
Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.
Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...

Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...
Die Schweizerfamilie, die deutsche Kinder auf ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Interesse des Friedens, das Nebereinkommen anzunehmen ...
Die katastrophalen Zustände in Wien.

Deutsches Reich.

Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Januar. Einzelne Bahnzüge im West- ...
Der neue Vertrag von Aden.

Heimkehr aus Indien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Nur eine Einleitung...

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...
Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Wien, 15. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Infolge des ...
Die Lage in Oberschlesien.

Wien, 15. Jan. Die Reichs-Verwaltung für ...
Ausland.

Wien, 15. Januar. (Kronprinz) ...
Holland und die Auslieferungfrage.

Halle und Umgebung.
Halle, den 15. Januar 1920
Zentrale zur Unterbringung erholungsbedürftiger ...

Der Prof. Dr. Abbe hat den Vorleser ...
Die Schweizerfamilie, die deutsche Kinder auf ...

12000 Zentner ausländische Futtermittel für die ...
Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ...

Das Kind als Schutz. Ein großer Trübsenschieß ...
Sonderfahrt. 15. Jan. (Für 35000 Mark Seiden- ...)

Sport-Nachrichten der Saale-Zeitung.

Fußballsport.

Sportveranstaltung und Festsveranstaltung.

Groß-Berlin nach: Ich leide eine neue Generierung auf und zwar soll auch dort der Sport daran glauben. Wie wenig ich...

Winterport.

Das Winterreiten in Gierke ist, wie uns brüderlich anmelde wird, wegen unbilligen Wettes auf den 24.-26. Jan. verfallen.

Schwimmport.

Im Sommer den 17. und Sonntag den 18. Januar 1920 findet im St. Nikolaus ein Schwimmfest des Saale-Schwimmvereins statt.

Reise.

Die Besichtigung der Halle-Deffsa-Wegebahn. Am 1. und 2. Januar 1920 findet im Waggon-Depot der Kreisbahn...

Aus dem Leserkreis.

Die Besichtigung unter dem Vorzeichen der Halle-Deffsa-Wegebahn. Am 1. und 2. Januar 1920 findet im Waggon-Depot der Kreisbahn...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G. in Halle. Am Sitzungstisch der Gesellschaft sind gestern nachmittag...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Berliner Börse.

Berliner Börse vom 15. Januar 1920. (Telegramm.) Chem. Grödelm. 255,00 Chem. Herten 400,00...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Berliner Börse.

Berliner Börse vom 15. Januar 1920. (Telegramm.) Chem. Grödelm. 255,00 Chem. Herten 400,00...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Aus dem Schachert-Konzern.

Aus dem Schachert-Konzern. Die Abschlußkassen der drei Siemens-Konzern vereinigt...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung.

Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung. Die Mittel nicht mehr hinreichend für die Materialerzeugung...